

IN KÜRZE

Klingbeil: Union hat ein Haltungsproblem

Berlin. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil hat der Union mangelnde Distanz zu Rechtspopulisten unterstellt. „Die Union hat in dieser Woche erneut eindrucksvoll bewiesen, dass sie ein Haltungsproblem gegenüber rechten Spaltem und Hetzern hat“, sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. So habe Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus der AfD-Kandidatin seine Unterstützung für die Wahl zur Bundestagsvizepräsidentin zugesagt. Rechtspopulismus werde so im Bundestag salonfähig gemacht.

Scheuer gibt Millionen für Berater

Berlin. Das Bundesverkehrsministerium hat im Zuge der Tarifverhandlungen für Landesbedienstete, die in der neuen bundeseigenen Autobahn GmbH beschäftigt werden sollen, mehr als 2,3 Millionen Euro für Berater ausgegeben – obwohl im Bundesinnenministerium zahlreiche Tarifexperten arbeiten. Das geht aus der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor. „Das Verkehrsministerium ist von der Berateritis befallen“, sagte Stephan Kühn (Grüne) dem RND.

AFD wettet gegen die EU-Politik

Offenburg. Inmitten der Debatten über dubiose Spenden hat die AfD ihren Europawahlkampf mit harter Kritik an der EU und deren Einwanderungspolitik eingeleitet. Spitzenkandidat Jörg Meuthen sagte am Samstag in Offenburg mit Blick auf den Zustand der EU, man habe es hier mit einem „ziemlich kranken Patienten zu tun, bei dem etliche wichtige Vitalfunktionen nicht mehr richtig funktionieren“. Er prangerte „unnütze bürokratische Verordnungen“ an, die kein Mensch brauche.

Polizei sucht Hilfe im Kampf gegen Clans

Berlin. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) fordert, bei der Bekämpfung von Klankriminalität den Verfassungsschutz einzuschalten. Berlin und andere betroffene Bundesländer sollten die Beobachtung und Bekämpfung von organisierter Kriminalität „zusätzlich in die Aufgabenfelder der Verfassungsschutzämter einbeziehen“, schlägt der BDK-Bundesvorstand in einem 30-seitigen Positionspapier vor. Zuerst hatte die „Welt am Sonntag“ über die Forderungen berichtet.

Beamte gesetzlich versichern

Berlin. Nach dem Vorreiter Hamburg wollen mehrere SPD- oder linksgeführte Länder Beamten den Eintritt in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtern. So gibt es konkrete Pläne in Thüringen, Brandenburg, Bremen und Berlin, wie eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur zeigt. In Hamburg können seit August 2018 neue Beamte oder solche, die bereits gesetzlich krankenversichert sind, einen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) als „pauschale Beihilfe“ bekommen.

**Venezuelas Opposition startet „Operation Freiheit“**

Venezuelas Opposition hat mit Kundgebungen gegen die seit einem Monat anhaltenden Stromunterbrechungen protestiert. Der selbst ernannte Interimspräsident Juan Guaidó stellte die Demos in 358 Städten als Beginn der „Operation Freiheit“ vor, die den sozialistischen Staatschef Nicolás Maduro zum Rücktritt drängen soll. „Wir fordern nicht nur Wasser und Licht, sondern auch Demokra-

tie und Zukunft“, sagte Guaidó am Samstag in Caracas. Maduro halte sich nur mithilfe der bewaffneten paramilitärischen Gruppen an der Macht, sagte der Oppositionsführer. Sein Gegenspieler Maduro reagierte mit einem Aufruf an die Regierungen von Mexiko, Uruguay, Bolivien und karibischer Staaten, einen Dialog mit der Opposition einzufädeln.

FOTO: JIMMY VILLALTA/IMAGO

Altersvorsorge wird für Selbstständige zur Pflicht

Hunderttausende Unternehmer sind finanziell nicht abgesichert – Bundesarbeitsminister will das mit einem neuen Gesetz ändern

Von Stefan Heinemeyer

Berlin. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf zur Altersvorsorgepflicht für nicht abgesicherte Selbstständige vorlegen. „Ich werde Ende des Jahres einen Gesetzentwurf zur Einbeziehung der Selbstständigen in das System der Alterssicherung vorlegen“, kündigte der SPD-Politiker in der „Rheinischen Post“ an. Nach seinen Angaben gibt es rund drei Millionen Selbstständige, die im Alter nicht abgesichert sind. Ein vom Arbeitsministerium im Jahr 2018 veröffentlichter Forschungsbericht geht insgesamt von mehr als vier Millionen Selbstständigen in Deutschland aus.

Künftig müssten Selbstständige entweder „Mitglied in einem Versorgungswerk sein wie beispielsweise Ärzte und Anwälte, durch die Rürup-Rente abgesichert sein oder eben in die gesetzliche Rentenversicherung eintreten“, sagte Heil. „Auch für Selbstständige muss gelten, dass man nach einem Leben harter Arbeit abgesichert ist. Deshalb ist es auch für Selbstständige wichtig, dass wir vorher die Grund-

rente einführen“, betonte der Minister.

Zur Grundrente will er im Mai einen Gesetzentwurf vorlegen. Mit dem Vorhaben will die Koalition Senioren mit Minirenten besserstellen, wenn sie mindestens 35 Beitragsjahre vorweisen können. Union und SPD streiten darüber, ob es dabei eine Bedürftigkeitsprüfung geben soll oder nicht. Heil ist gegen eine solche Prüfung.

Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, hatten Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart, „eine gründer-

freundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einzuführen“, die nicht bereits anderweitig obligatorisch abgesichert sind. Das Thema ist nicht neu. Bereits Ursula von der Leyen hatte in ihrer Zeit als Arbeitsministerin im Jahr 2012 ähnliche Pläne vorgelegt: Da nur eine Minderheit von Selbstständigen zur Altersabsicherung verpflichtet sei, berge dies „die Gefahr eines erhöhten Armutsrisikos von Selbstständigen im Alter, sofern diese nicht rechtzeitig und ausreichend Vorsorge betreiben“.

Der arbeitsmarktpolitische Spre-

cher der Unionsfraktion, Peter Weiß, sagte der Deutschen Presse-Agentur, neue Regeln für Existenzgründer müssten in den ersten Jahren beitragsfrei sein. Zudem müssten sie insolvenzschonend sein und auf die Einkommenssituation Selbstständiger Rücksicht nehmen, die in einem Monat mehr, im anderen weniger verdienen. Der rentenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Johannes Vogel, warnte davor, Start-ups mit der Regelung zu behindern, und verwies auf „ausreichende Karenzfristen in jeder Gründungsphase“.

Matthias Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, forderte, nicht abgesicherte Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Ihre Beiträge sollten dann nach ihrem tatsächlichen Einkommen berechnet werden. Der Grünen-Rentenexperte Markus Kurth bezeichnete die verpflichtende Altersvorsorge für alle Selbstständigen als „längst überfällig“.

Der Sozialverband VdK begrüßte die Pläne Heils. VdK-Präsidentin Verena Bentele kritisierte jedoch die geplante Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Versorgungsarten.

Das Rentenpaket der GroKo

Das Rentenpaket der großen Koalition hat mehrere zentrale Elemente. Wichtigster Punkt ist die sogenannte doppelte Haltelinie: Sowohl das Rentenniveau als auch der Beitragssatz sollen bei einem bestimmten Wert gehalten werden. So soll das Rentenniveau bis

2025 bei mindestens 48 Prozent des Durchschnittslohns liegen. Zugleich soll der Beitragssatz – heute 18,6 Prozent – bis dahin nicht über 20 Prozent des Einkommens steigen.

Verbesserungen gibt es bei der Mütterrente und der Erwerbsminde-

rentenrente, auch geringverdienender werden entlastet. Das ganze Paket dürfte 32 Milliarden Euro kosten. Über die Zukunft der Rente berät eine von der Regierung eingesetzte Expertenkommission. Auch über mehr Anreize für längeres Arbeiten wird in dem Gremium geredet.

Netanjahu kündigt Annektierung von Siedlungen an

Wenn Israel am Dienstag ein neues Parlament wählt, muss der Ministerpräsident um sein Amt fürchten – jetzt macht er den Wählern heikle Versprechen

Von Sara Lemel

Tel Aviv. Vor der Parlamentswahl in Israel hat Regierungschef Benjamin Netanjahu die Annektierung israelischer Siedlungen im Westjordanland in Aussicht gestellt. „Ich werde nicht eine einzige Siedlung räumen. Und ich werde natürlich dafür sorgen, dass wir das Gebiet westlich des Jordans kontrollieren“, sagte der rechtskonservative Ministerpräsident am Samstag im israelischen Fernsehen. Netanjahu hofft darauf, das in Umfragen führende Oppositionsbündnis der Mitte von Ex-Militärchef Benny Gantz bei der Wahl am Dienstag zu überholen.

Die israelische Organisation Peace Now teilte am Sonntag mit, ein zuständiger Ausschuss habe den

Bau von mindestens 4615 weiteren Wohnungseinheiten im Westjordanland gebilligt. Viele davon befänden sich in isolierten Siedlungen, die Israel im Rahmen einer Friedensregelung mit den Palästinensern vermutlich räumen müsste.

Netanjahu sagte, er habe erreicht, dass US-Präsident Donald Trump die Golanhöhen als israelisches Gebiet anerkenne. Man wolle nun „zur nächsten Phase übergehen“ und die israelische Souveränität auf das Westjordanland ausweiten. Dies war bisher vor allem eine Forderung seiner ultrarechten Koalitionspartner. Der seit 2009 amtierende Regierungschef hatte sich in der Vergangenheit für die Einrichtung eines entmilitarisierten Palästinenserstaates ausgesprochen.

Israel hatte 1967 im Sechstagekrieg unter anderem das Westjordanland und Ostjerusalem erobert. Dort leben heute mehr als 600.000 israelische Siedler in mehr als 200 Siedlungen. Vor allem der erzkonservative Erziehungsminister Naftali Bennett dringt darauf, weite Teile des Westjordanlands zu annektieren. Die Palästinenser beanspruchen diese Gebiete allerdings für einen eigenen Staat Palästina mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

Israel unterscheidet selbst zwischen illegalen Siedlungen und mit israelischer Genehmigung gebauten. Aus Sicht der internationalen Gemeinschaft sind alle Siedlungen rechtswidrig. Sollte Israel sie annektieren, wäre dies ein weiterer Schlag

gegen die langjährigen Bemühungen um eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung.

In Deutschland hat die Union Netanjahus Ankündigung kritisiert, jüdische Siedlungen im Westjordanland zu annektieren. Vize-Fraktionschef Johann Wadepuhl (CDU) sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND): „Wir sehen die gesamte Siedlungspolitik Israels kritisch und können unseren Freunden immer nur wieder sagen, dass einseitige Maßnahmen nicht zu einer friedlichen Gesamtsituation führen werden“. Er fügte hinzu: „Wir brauchen einen wirklichen Friedensprozess zwischen Israel und Palästina. Alles, was das infrage stellt, stellt am Ende auch Israels Sicherheit dauerhaft infrage.“



Die israelische Souveränität auf das Westjordanland ausweiten: Benjamin Netanjahu (M.), umringt von Sicherheitskräften. FOTO: ODED BALILTY/DPA

UN mahnen zu Ruhe in Libyen

Tripolis/New York. Trotz internationaler Aufrufe zu einem Ende der Gewalt steuert Libyen weiter auf einen neuen Bürgerkrieg zu. Anhänger der international anerkannten Regierung in Tripolis verkündeten am Sonntag eine Gegenoffensive gegen die Truppen des mächtigen Generals Chalifa Haftar.

Die Operation „Vulkan des Zorns“ habe das Ziel, alle libyschen Städte von illegalen Kräften zu „säubern“, erklärte ein Militärsprecher. Haftars Luftwaffe wiederum flog nach eigenen Angaben bereits Angriffe auf Vororte der Hauptstadt.

Der UN-Sicherheitsrat und die G-7-Staaten haben sich zutiefst besorgt gezeigt über die militärische Eskalation. Beide riefen General Haftar dazu auf, seine Truppen zu stoppen.

Haftars selbst ernannte Libysche Nationalarmee (LNA) will die Hauptstadt einnehmen, in der die Regierung von Fajis al-Sarradsch sitzt. Unterstützt wird der General von Russland, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten. Wie die in Tripolis ansässige Sarradsch-Regierung stützt sich auch Haftars LNA auf ein Bündnis mit zahlreichen lokalen Milizen.

Als Reaktion auf die Gefechte ziehen die Vereinigten Staaten vorerst einen Teil ihrer dort stationierten Soldaten ab. Die Sicherheitslage im Land sei zunehmend kompliziert und unvorhersehbar, so das US-Militär.

Wagenknecht kritisiert die Linke

Berlin. Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht hat ihrer Partei vorgehalten, nicht mehr ausreichend die Interessen der Ärmsten zu vertreten. „Die Linke hat sich von den ärmeren Schichten teilweise entfremdet, weil sie oft nicht deren Sprache spricht und von ihnen als belehrend und von oben herab empfunden wird“, sagte Wagenknecht der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Aus Sicht der Politikerin gibt es im Bundestag eine „breite Mehrheit für mehr sozialen Ausgleich, bessere Löhne, höhere Renten“. Die SPD habe allerdings viele Jahre realpolitisch das Gegenteil umgesetzt.

Linke-Chefin Katja Kipping wies die Kritik Wagenknechts zurück. Dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) sagte sie, sie erlebe eine Linke, die „um die Alltagsorgen der Menschen weiß und im Gespräch mit ihnen ist“ und die „wie ich voll Leidenschaft gegen Armut und Hartz IV kämpft“. Wagenknecht hatte unlängst nach einer Krankheit angekündigt, im Herbst aus gesundheitlichen Gründen nicht erneut als Fraktionschefin antreten zu wollen. Ihr Mandat im Bundestag will sie aber behalten.